

CDU und SPD nehmen mit Ihrer Entscheidung die Zerstörung eines Naherholungsgebiets und eines vom BNatSchG geschütztes Biotops in Kauf

Die Begründungen der CDU, dieses Gebiet, entgegen der Einwände der Langhurster Bürger als zukünftiges Baugebiet auszuweisen sind nicht nachzuvollziehen, bzw. schlichtweg falsch.

Wie kann es sein, dass eine Fläche im Kirchfeld aufgrund von Autobahnlärm nach Langhurst verlegt werden soll, aber in der Sitzung gleichzeitig zwei neue Gebiete im Bereich Kirchfeld in direkter Nachbarschaft neu aufgenommen werden.

Die von der CDU in ihrer Stellungnahme vorgebrachte Begründung Strom- und Wasserversorgung sind im Ahornweg bereitgestellt, hat nichts mit der vorgesehenen Fläche im südlichen Bereich zu tun sondern war ursprünglich für die Ortsentwicklung in nördlicher Richtung vorgesehen. Jeder, der die örtlichen Gegebenheiten kennt, weiß, dass es überhaupt keinerlei Zusammenhang oder Anbindung vom Ahornweg zum geplanten Gebiet gibt.

Gemeinderat Seigel (CDU) behauptet weiterhin in seiner Stellungnahme, dass die Erschließungskosten im Kirchfeld höher wären als im Gebiet Langhurst West, da es sich nur um Ackerland handele. Nach dem Umweltgutachten ist das Gebiet Langhurst West allerdings ungeeignet und nur mit Sondermassnahmen gerade noch akzeptabel. Hier ist also mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Weiterhin müsste das ganze Gebiet um bis zu zwei Meter angehoben werden um eine Entwässerung zu gewährleisten oder noch kostenintensivere Alternativen umgesetzt werden.

Auch spricht er davon, dass die Verkehrsanbindung bereits mit Straßen und Gehwegen im Hanfbündtweg 40 (Verlängerung Kastanienallee) vorhanden ist. Das vorgesehene Gebiet Langhurst West reicht allerdings nicht bis an die Straße heran und kann somit auch nicht, wie von der CDU angegeben, darüber angebunden werden. Die Verkehrsanbindung ist somit ungeklärt.

Sehr enttäuscht sind wir von der SPD. Sie stimmten gegen die Einwände der 150 Langhurster Bürger, ohne dies in einer Stellungnahme zu begründen.

Unsere Bitte, inne zu halten und ein Ortsentwicklungskonzept zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger zu erstellen, wurde leider nicht erhört. Hier sind uns Partnergemeinden wie zum Beispiel Hofweier, Zunsweier, Durbach oder Dundenheim weit voraus, wie man ganz aktuell in der Presse lesen konnte.

Harry Fleig, Dieter Leidinger